

GEORG MÜLLER

Tendenzen regionaler Industrieentwicklung

Mit 1 Karte

In einer dritten Veröffentlichung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung über die Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland wurde kürzlich das Ergebnis der Untersuchungen über verlagerte und neuerrichtete Betriebe in den Jahren 1964 und 1965 mitgeteilt¹. Die vorangegangenen Veröffentlichungen erschienen 1961 und 1964. Sie umfaßten die Zeiträume von 1955 bis 1963. Insgesamt liegt damit ein Ergebnis für elf Jahre vor².

Die Untersuchungen sind vom Institut für Raumforschung anhand von Unterlagen der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung durchgeführt worden. Die Ergebnisse sind in Tabellen dargestellt und textlich kommentiert; als wesentliche Bestandteile enthalten die Veröffentlichungen Karten im Maßstab 1:1 000 000. Sie stellen die verlagerten und neuerrichteten Betriebe dar, und zwar in der ersten Veröffentlichung in zwei Karten für die Zeit von 1955 bis 1957 und 1958 bis 1960 und in der zweiten für den Zeitraum 1961 bis 1963. Die letzte Veröffentlichung enthält die Karte für die Jahre 1964 und 1965. Die drei erstgenannten Karten sind auch in den Atlas „Die Bundesrepublik Deutschland in Karten“ aufgenommen worden³.

Die in der jüngsten Veröffentlichung enthaltene Karte ist diesem Aufsatz als Anlage beigegeben. Ehe weiter unten noch Näheres über sie ausgeführt wird, soll zuvor auf die Veranlassung der Untersuchungen, einige Methodenfragen und auf das Ergebnis des gesamten Zeitraumes in groben Strichen zusammenfassend eingegangen werden. Dabei erscheint es angebracht, nicht nur den hier näher untersuchten Teilbereich zu sehen, sondern auch einzugehen auf die allgemein festzustellenden Tendenzen regionaler Industrieentwicklung, die zweifellos durch die Verlagerung und Neuerrichtung von Betrieben beeinflusst werden. Dabei soll nicht unterlassen werden, auch den Zeitraum vor 1955 in die Betrachtung einzubeziehen, denn die Neuerrichtung von Indu-

striebetrieben hat nicht erst seit 1955 für die regionale Industrieentwicklung Bedeutung erlangt. Die besondere Problematik der unterschiedlichen Entwicklung in den durch das Bundesraumordnungsgesetz bezeichneten Gebietskategorien soll bei der Darstellung der Entwicklung berücksichtigt werden⁴.

Anlaß der Untersuchungen

Die erste Anregung für die Durchführung der Untersuchungen geht auf den Sachverständigenausschuß für Raumordnung zurück, der für sein der Bundesregierung zu erstattendes Gutachten an die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung herangetreten war, um Unterlagen über die Standortwahl von Industriebetrieben zu erhalten. Die zunächst für den Zeitraum 1955–1957 erstellten Angaben erwiesen sich als so erkenntnisreich, daß auf Anregung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung die Feststellungen durch die Bundesanstalt weitergeführt wurden und das Material dann dem Institut für Raumforschung zur Auswertung übergeben worden ist, um das Ergebnis auch anderen interessierten Stellen zugänglich zu machen.

Methodische Hinweise

Für die erstgenannten Zeiträume von 1955 bis 1963 sind in die Untersuchungen nur die Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten sowie solche einbezogen worden, die zwar weniger als 50 Beschäftigte aufweisen, aber in der Endausbaustufe 50 und mehr Arbeitskräfte anstreben. Diese Beschränkung dürfte eine fast lückenlose Erfassung aller nennenswerten Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten gewährleisten. Jedoch war nicht auszuschließen, daß auf Grund der jeweiligen Beurteilung durch das zuständige Arbeitsamt auch gelegentlich ein Betrieb erfaßt worden ist, der zwar 50 Beschäftigte anstrebt, diesen Beschäftigtenstand aber – wenn überhaupt – erst zu einem verhältnismäßig späten Zeitpunkt erreicht.

Als Industriebetriebe sind nur Fertigungsbetriebe berücksichtigt worden. Verlagerte und neuerrichtete Bauunternehmen, Energieversorgungsbetriebe, Reparaturwerkstätten, Kundendienstbüros, Kaufhäuser oder Hotels sind, auch wenn sie gelegentlich als größere Gewerbebetriebe von

¹ Vgl.: Die Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland. Verlagerte und neuerrichtete Betriebe in den Jahren 1964 und 1965. Bearb. im Institut für Raumforschung. Hrsg. als Sonderdienst des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung. – Bonn 1966.

² Vgl.: Die Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum von 1955 bis 1960. Hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. – Bonn 1961; und: Die Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland. Verlagerte und neuerrichtete Betriebe im Zeitraum von 1961 bis 1963. Hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. – Bonn 1964.

³ Vgl. Karten Nr. 4331, 4332, 4333 im Atlas: Die Bundesrepublik Deutschland in Karten. Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Institut für Landeskunde, Institut für Raumforschung. 1. Lieferung 1965. – Stuttgart, Mainz: Kohlhammer 1965.

⁴ Vgl. Müller, Georg: Industriewachstum in regionaler Sicht. In: Institut für Raumforschung. Informationen. 13. Jg. (1963) Nr. 14, S. 347–361.

Ders.: Industriewachstum in den Bundesausbaubereichen und im Zonenrand. In: Institut für Raumforschung. Informationen. 14. Jg. (1964) Nr. 8, S. 263–274.

einem Arbeitsamt mitgemeldet worden sind, außer Betracht geblieben. Die Beschäftigtenzahlen beziehen sich bei den Untersuchungen in den drei erstgenannten Zeiträumen (1955 bis 1963) im wesentlichen auf den Stand zu Ende des jeweiligen Zeitraumes. In Einzelfällen innerhalb eines Untersuchungszeitraumes angesiedelte, aber zwischenzeitlich bereits wieder aufgegebene Betriebe wurden aus dem Material ausgeschieden. Gelegentlich sind einige Industriebetriebe in die Untersuchungen eines späteren Zeitraumes einbezogen worden, wenn sie in den vorangegangenen Untersuchungszeiträumen noch nicht erfaßt waren, denn sie gehören der Vollständigkeit wegen zu dem gesamten beobachteten Zeitraum nach 1955 hinzu.

Die Angaben der Arbeitsämter umfassen für jeden einzelnen Betrieb die Betriebsbenennung und Fertigungsart, den ursprünglichen Sitz des neuen Betriebes, das Ansiedlungsjahr sowie Zahl und Art der Arbeitskräfte. Nach Möglichkeit wurden auch die wichtigsten Gründe angegeben, die von den erfaßten Betrieben als bestimmend für die Standortwahl genannt worden sind. Gewisse Vorbehalte gegenüber der Aussagekraft dieser Angaben sind notwendig. Dennoch vermitteln sie einigermaßen vergleichbare Anhaltspunkte über die ausschlaggebenden Motive.

Bei der kartographischen Darstellung wird in den Karten unterschieden nach der Herkunft der Betriebe aus einem nahen oder fernegelegenen Ballungsraum bzw. aus einem sonstigen Gebiet einschließlich Neugründungen. Als Ballungsraum sind die in das Gutachten des Sachverständigenausschusses für Raumordnung übernommenen Abgrenzungen von G. Isenberg zugrunde gelegt worden. Es sind dies die neun Ballungsräume in der Bundesrepublik, in denen mindestens eine halbe Million Menschen auf einer Fläche von 500 qkm zusammengedrängt wohnt. Durch abgestufte Symbole werden fünf Betriebsgrößen nach der Beschäftigtenzahl unterschieden. Die Farbgebung der Symbole entspricht neun ausgewählten, besonders häufig vorkommenden Industriebereichen bzw. -gruppen; eine zehnte Farbstufe faßt die „sonstigen Industrien“ zusammen.

Weil das Saarland in die Untersuchungen erst zu einem späteren Zeitpunkt einbezogen werden konnte und Berlin (West) anfangs gesondert behandelt worden ist, war es notwendig, aus Vergleichsgründen die Summen für das Bundesgebiet ohne das Saarland und Berlin (West) anzugeben. Die entsprechenden Werte für diese beiden Länder sind jedoch nach diesen Summen angeführt. Danach ist soweit angängig eine Summe „Bundesgebiet“ gebildet worden.

Hinsichtlich der Ergebnisse für die Jahre 1964 und 1965, die auf der beifolgenden Karte dargestellt sind, ist zu beachten, daß die bisherige Beschränkung auf Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten aufgegeben worden ist. Mancherlei Gründe sprachen dafür, die kleineren Betriebe, die 10 und mehr Beschäftigte haben oder in der Endausbaustufe anstreben, in die Untersuchungen einzubeziehen. Man ist auch wegen des allgemein großen Interesses an den Ergebnissen der Untersuchung dazu übergegangen, die Feststellungen regelmäßig jährlich zu treffen; zunächst war auch an eine jährliche kartographische Auswertung gedacht. Aus Zweckmäßigkeitsgründen sind dann jedoch die Ergebnisse

Tabelle 1: Die 1965 angesiedelten Betriebe und deren Beschäftigte im Vergleich zu früheren Zeiträumen¹

Land a) Betriebe b) Beschäftigte	1965	Durchschnitt je Jahr ²		
		1961-63	1958-60	1955-57
Schleswig-Holstein				
a)	24	19	16	7
b)	2 483	1 984	1 596	768
Hamburg				
a)	4	3	3	2
b)	203	277	267	739
Niedersachsen				
a)	51	35	26	27
b)	3 115	3 811	3 851	8 287
Bremen				
a)	2	3	1	3
b)	248	1 679	100	1 164
Nordrhein-Westfalen				
a)	105	90	56	59
b)	7 004	13 668	7 123	8 734
Hessen				
a)	32	22	35	25
b)	1 815	2 579	3 602	4 080
Rheinland-Pfalz				
a)	47	28	30	15
b)	3 026	3 117	2 539	2 045
Baden-Württemberg				
a)	62	66	44	86
b)	3 954	6 159	5 619	10 158
Bayern				
a)	103	84	100	40
b)	5 327	7 370	11 759	10 089
Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin				
a)	430	350	310	264
b)	27 175	40 642	36 456	46 066
Saarland				
a)	6	9	5	—
b)	303	1 540	1 479	—
Berlin (West)				
a)	3	8	5	9
b)	156	771	723	1 546
Bundesgebiet				
a)	439	367	321	273
b)	27 634	42 954	38 658	47 599

¹ Nur Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten im Endausbau.

² Etwaige Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen.

der Feststellungen für die Jahre 1964 und 1965 in einer Karte zusammengefaßt worden.

Während die kartographische Darstellung der Ergebnisse sich von den früheren Karten nur dadurch unterscheidet, daß sie eine weitere Größenklasse von 10 bis 15 Beschäftigten zusätzlich enthält, ist sie sonst aber, ebenso wie das Tabellenwerk, aus Vergleichsgründen den vorangegangenen Veröffentlichungen angeglichen. Zu beachten bleibt jedoch, daß ein wesentlich größerer Kreis von verlagerten und neuerrichteten Industriebetrieben erfaßt wird; auch der Beobachtungszeitraum, der zuvor 3 Jahre umfaßte, ist auf 2 Jahre verringert worden. Die Beschäftigtenzahlen entsprechen wegen der neuerdings jährlich durchgeführten Erhebungen jeweils dem Stand am Ende des Ansiedlungsjahres, also am 31. 12. 1964 bzw. am 31. 12. 1965.

Für einen Vergleich mit den früheren Zeiträumen ist es notwendig, eine Vorstellung zu haben, inwieweit gegenüber den vorangegangenen jeweils Dreijahreszeiträumen und Beschränkung auf die Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten (in der Endausbaustufe) Abweichungen bestehen. Zu diesem Zweck ist in der jüngsten Veröffentlichung der Ergebnisse der Anteil der echten Kleinbetriebe, d. h. der erfaßten Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten, die auch in der Endausbaustufe nicht mehr als 50 Beschäftigte anstreben, angedeutet worden. Durch Eliminieren der echten Kleinbetriebe und Berücksichtigung des kürzeren Zeitraumes bei der letzten Untersuchung sind die im Durchschnitt auf ein Jahr der früheren Zeiträume entfallenen Betriebe und Beschäftigten dem der Jahre 1964 und 1965 abzüglich der echten Kleinbetriebe gegenübergestellt worden. Dabei zeigt sich folgendes Ergebnis:

Zeitraum	Betriebe Durchschnitt pro Jahr	Beschäftigte
1955–1957	273	47 599
1958–1960	321	38 658
1961–1963	367	42 954
1964/1965	460	31 729

Bei weiter zunehmender Zahl der neugegründeten und verlagerten Betriebe hat die Zahl der darin Beschäftigten 1964/65 gegenüber früheren Zeiträumen erheblich abgenommen. Die Betriebe sind im Durchschnitt also, insgesamt gesehen kleiner geworden. Unter Ausschluß der echten Kleinbetriebe errechnet sich ein Durchschnitt von 69 Beschäftigten je Betrieb gegenüber wesentlich höheren Zahlen in der Vergangenheit. Dieses Ergebnis resultiert aus der Tatsache, daß die Neugründung und Verlagerung ausgesprochen größerer Betriebe sehr selten geworden ist. So waren 1961 bis 1963 noch insgesamt 8 Ansiedlungen mit je rund 1000 Beschäftigten und mehr festgestellt worden; 1964 und 1965 waren es dagegen in dieser Größenordnung nur 2 Betriebe.

Um eine weitgehende Beurteilung der Vergleichbarkeit der Zahlen zu geben, ist unter Zugrundelegung der für das Jahr 1965 festgestellten Zahlen eine Gegenüberstellung zu den Jahresdurchschnittszahlen der vorangegangenen Zeiträume vorgenommen und eine Übersicht nach Ländern zusammengestellt worden. Sie wird beifolgend wiedergegeben (vgl. Tab. 1).

Tendenzen der Standortwahl

Für den gesamten Zeitraum von 1955 bis 1965 hat sich hinsichtlich der Standortwahl der Industriebetriebe – in groben Strichen umrissen – gezeigt, daß sich noch in den Jahren 1955 bis 1957 die Betriebe zu einem erheblichen Teil in den Randbezirken der Großstädte und Ballungsräume ansiedelten. In den darauf folgenden Jahren von 1958 bis 1960 richtete sich dann das Augenmerk stärker auf die industriell weniger erschlossenen ländlichen Gebiete, eine Tendenz, die sich im Zeitraum von 1961 bis 1963 in Anbetracht der immer knapper werdenden Arbeitskräfte verstärkt hat und bis in die Gegenwart anhält.

In den Jahren 1964 und 1965 sind im Bundesgebiet insgesamt

1700 Betriebe

verlagert und neu errichtet worden. Auf sie entfallen insgesamt

78 663 Beschäftigte.

Obwohl aus den dargelegten Gründen die Berichtszeiträume nur bedingt vergleichbar sind, seien nachfolgend zum Vergleich Betriebs- und Beschäftigtenzahlen der früher untersuchten Zeiträume wiedergegeben:

Zeitraum	Betriebe	Beschäftigte
1955–1957	820	142 796
1958–1960	963	115 973
1961–1963	1 102	128 861

Die Beschäftigten und Betriebe der Jahre 1964 und 1965 verteilen sich wie folgt auf die Länder:

Land	Betriebe	Beschäftigte
Schleswig-Holstein	67	4 851
Hamburg	7	411
Niedersachsen	204	9 465
Bremen	7	410
Nordrhein-Westfalen	438	18 123
Hessen	151	7 063
Rheinland-Pfalz	131	6 329
Baden-Württemberg	281	12 171
Bayern	378	18 576
Saarland	15	735
Berlin (West)	21	529

Von den 1700 verlagerten und neuerrichteten Betrieben entfallen 1276 auf ländliche Gebiete und 424 auf die Ballungsräume. Das Schwergewicht liegt auch nach der Zahl der Beschäftigten bei den ländlichen Gebieten. Während 75% aller neuangesiedelten Industriebetriebe in ländlichen Gebieten und 25% in Ballungsräumen zur Ansiedlung gelangten, liegen die entsprechenden Anteile bei den Beschäftigtenzahlen bei 73 bzw. 27%. Allein gegenüber dem vorangegangenen Untersuchungszeitraum 1961 bis 1963 hat sich damit der Anteil der in Ballungsräumen angesiedelten Industriebetriebe beträchtlich vermindert, nämlich von 31% auf 25%. Noch stärker aber hat sich der Anteil der in diesen Betrieben Beschäftigten von 42% auf 27% verringert. Von den 10 größeren Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten ist nur einer innerhalb eines Ballungsraumes entstanden. In den vorangegangenen Zeiträumen überwog bei weitem die Errichtung großer Betriebe in den und am Rande der Ballungen.

Karte 1964 und 1965

Die anliegende Karte läßt eine verstärkte Streuung neuer Betriebe in ländlichen Gebieten erkennen, macht aber auch deutlich, daß im Bereich der Ballungsräume sich Konzentrationen befinden. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß sich auf

relativ kleiner Fläche die Standorte häufen. Auffallend sind wieder die zahlreichen Ansiedlungen und Verlagerungen von Industriebetrieben im Umland von Hamburg, insbesondere in den benachbarten schleswig-holsteinischen Landkreisen Pinneberg und Stormarn. Hierbei handelt es sich zu einem beträchtlichen Teil um Verlagerungen aus Hamburg heraus. Verlagerungen aus der Innenstadt von Hamburg in die Außenbezirke sind bei den Untersuchungen, die nur Standortverlegungen von einer Gemeinde in eine andere einbeziehen, nicht berücksichtigt worden.

Weiter fallen wiederum der Rhein-Ruhr-Raum und seine unmittelbare Nachbarschaft, der Ballungsraum Rhein-Main und der Stuttgarter Raum auf. Neben den Konzentrationen im Bereich dieser großen Ballungsräume tritt, wenn auch gegen früher etwas abgeschwächt, nach wie vor der wachsende Verdichtungsraum Bielefeld-Herford heraus, wo die neuen Industriestandorte gehäuft bis in den Raum Minden-Lübbecke hinüber reichen.

Während in den Jahren 1961 bis 1963 im Oberrheintal eine beachtliche Häufung von neuen Industriebetrieben festgestellt werden konnte, zeigt sich hier nunmehr eine geringere Frequenz. Das gilt vor allem auch für den Rhein-Neckar-Raum, der noch in den Jahren 1961 bis 1963 eine starke Konzentration neuer Betriebe erkennen ließ.

Im ostbayerischen Raum zeigt sich nach wie vor der Bereich Cham-Roding als attraktiver Industriestandort. Der engere Raum Ingolstadt, der in den Jahren 1961 bis 1963 infolge der Inbetriebnahme der Raffinerien und der Ansiedlung einiger größerer Betriebe hervortrat, hat in den beiden letzten Jahren keine Neugründung zu verzeichnen. Gegenüber den Vorjahren läßt auch der Raum München eine Abschwächung der Ansiedlungstätigkeit erkennen. Dagegen hat sich im benachbarten Kreis Freising in beiden Zeiträumen, insbesondere aber 1964/65, eine ganze Anzahl von Betrieben neu niedergelassen.

Auffallend ist beispielsweise auch die Niederlassung einer größeren Anzahl von Betrieben im Eifelkreis Schleiden. Hier sind 28 überwiegend kleine Industriebetriebe verschiedener Branchen zur Ansiedlung gelangt. Dies geschah ausschließlich im Jahre 1964. In dem darauf folgenden Jahr 1965 ist hier kein neuer Betrieb hinzugekommen. Wie sich aus den Unterlagen ergab, sind die vorhandenen Arbeitskräfte durchweg für die Standortwahl ausschlaggebend gewesen. In einigen Fällen, und das mag kennzeichnend sein, sind Verpackungsabteilungen ausgelagert worden.

Auch 1964 und 1965 hat der Raum Pirmasens als ein alter Standort der Schuhfabrikation weitere Unternehmen der Branche angezogen. Zu den hier seit langem vertretenen zahlreichen Betrieben sind mehrere neu in der Stadt Pirmasens, aber auch im Landkreis Pirmasens und Bergzabern hinzugekommen. In diesen Betrieben werden überwiegend Frauen beschäftigt.

Größe der Industriestandorte

In der Raumordnungsdiskussion und im Hinblick auf die regionalwirtschaftliche Förderung ist in den letzten Jahren

immer wieder die Frage nach der für einen Industriestandort erforderlichen Mindesteinwohnerzahl der Gemeinde aufgeworfen worden. Die Meinungen hierüber gehen, wie sich zeigt, noch auseinander⁵.

Neue Nahrung erhalten die Auseinandersetzungen durch die sich in den Ländern allenthalben abzeichnenden Festlegungen der Gemeinden mit zentralörtlicher Bedeutung. Hier stellt sich die Frage, inwieweit diese Gemeinden mit zentralörtlicher Bedeutung gleichzeitig auch als Industriestandort geeignet sind. Der Raumordnungsbericht 1966 der Bundesregierung⁶ weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß in den ländlichen und zurückgebliebenen Gebieten der zentrale Ort auch Standort der neu zu schaffenden gewerblichen Arbeitsplätze sein kann; zu den begriffsnotwendigen Merkmalen eines zentralen Ortes gehöre es aber nicht, daß dort die Bevölkerung des Umlandes auch industrielle Arbeitsplätze vorfindet. Die Zentralitätsfunktionen könnten auch ausgefüllt werden, ohne daß industrielle Arbeitsplätze vorhanden sind, wie das z. B. in Fremdenverkehrsgebieten der Fall sei.

Es wird im Raumordnungsbericht weiter festgestellt, daß die Schaffung industriell-gewerblicher Arbeitsplätze in zentralen Orten gleichzeitig Umfang und Qualität der zentralen Einrichtungen fördere, weil die Bedarfsdeckung vielfach anlässlich oder im Anschluß an den für die Beschäftigung bedingten Aufenthalt im zentralen Ort erfolgen kann. Die Industrieansiedlung, so muß daraus gefolgert werden, ist hier also im Sinne einer grundsätzlichen Förderung von Gemeinden mit zentralörtlicher Bedeutung im ländlichen Raum positiv anzusehen. Andererseits stellen sich aber auch die Fragen, ob Gemeinden ohne zentralörtliche Bedeutung als Industriestandort im ländlichen Raum möglich sind und inwieweit die bisher erfolgten Industrieansiedlungen im ländlichen Raum, die auf die freie Entscheidung der Unternehmer und in zahlreichen Fällen auf die besondere Aktivität der Gemeinden zurückgehen, unter Gesichtspunkten der Raumordnung positiv oder negativ zu beurteilen sind. Insofern sind die Feststellungen von Interesse, wie sich die Industrieansiedlungen in den letzten Jahren auf die Gemeindegrößenklassen verteilen und welche Beobachtungen im Zusammenhang damit gemacht worden sind.

Übereinstimmend haben die Industrieansiedlungen im letzten Jahrzehnt offenbart, daß die Industriebetriebe außerhalb von Verdichtungsräumen und Großstädten im allgemeinen nicht kleine Orte aufsuchen; die Mehrzahl der Industrieansiedlungen erfolgt aus naheliegenden Gründen in größeren Orten, in denen gewisse zentrale Dienste angeboten werden. Diese Orte haben eine gewisse Mindestgröße, wie die beifolgende Aufbereitung für die Jahre 1964 und 1965 zeigt:

⁵ Vgl. *Albert, Wolfgang*: Voraussetzungen für die Entwicklung neuer Industriestandorte. In: Institut für Raumforschung. Informationen. 14. Jg. (1964) Nr. 19, S. 685–691 und *Hübner, Karl-Hermann*: Zur Frage der zentralen Orte im ländlichen Raum. In: Institut für Raumforschung. Informationen. 15. Jg. (1965) Nr. 1, S. 1–19.

⁶ Vgl.: Raumordnungsbericht 1966 der Bundesregierung. Bundestagsdrucksache V/1155, S. 61.

Gemeinde- größenklassen Einwohner	Betriebe		Beschäftigte	
	Zahl	%	Zahl	%
– 1 000	257	15,1	7 812	9,9
1 000– 3 000	502	29,5	19 641	25,0
3 000– 5 000	214	12,6	10 303	13,1
5 000–10 000	256	15,1	12 850	16,3
10 000–20 000	166	9,8	8 648	11,0
20 000–50 000	119	7,0	7 803	9,9
50 000 und mehr	186	10,9	11 606	14,8
	1700	100	78 663	100

Bei dieser Übersicht ist zu beachten, daß kleinere Gemeinden, in denen Ansiedlungen erfolgten, häufig in der Nähe von Städten oder kleineren Zentren innerhalb der Landkreise liegen. Die Betriebe haben dort meist Gelände zu günstigeren Bedingungen erhalten können als in den dichter bebauten Städten. Außerdem können sie an den in den benachbarten Orten vorhandenen zentralen Einrichtungen partizipieren.

Außerhalb der Stadtregionen sind 1964 und 1965 insgesamt 249 Industriebetriebe in Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern zur Ansiedlung gelangt. Weit mehr als die Hälfte dieser Gemeinden liegt, wie besondere Feststellungen gezeigt haben, in der engeren Nachbarschaft von kleineren zentralen Orten oder Städten. Die Entfernungen zu diesen betragen weniger als 10 km, sind also in wenigen Autominuten zu überwinden. Bei Ansiedlungen in kleineren Gemeinden handelt es sich in der Regel auch um kleinere Betriebe. Häufig sind es ausgelagerte Teilfertigungen mit nur einer Führungskraft. Das Vorhandensein von Arbeitskräften war hier offensichtlich der allein ausschlaggebende Grund für die Standortwahl.

Es muß aber auch festgestellt werden, daß bei der Ansiedlung von Industriebetrieben im ländlichen Raum Betriebe in Gemeinden gehen, die nach ihrer Größe und Struktur und den sonstigen Voraussetzungen für eine solche Ansiedlung an sich wenig geeignet sind. Der Anreiz durch günstigen Grundstückserwerb, eingangs relativ niedrige Gewerbesteuerbesätze und das aktive Bemühen um standort-suchende Betriebe seitens der Gemeinden, die vielfach die zu erwartenden Folgelasten noch nicht übersehen, sind Ursachen derartiger Standortentscheidungen. Kleinere Industrie-standorte sind wiederum insbesondere in Rheinland-Pfalz und Bayern festzustellen, was sich hier zum Teil auch aus der Eigenart der Verwaltungsstruktur in diesen Ländern erklärt.

Betriebsgründungen vor 1955

Die für die Zeit ab 1955 durchgeführten Untersuchungen über die Standortwahl der Industriebetriebe und die dabei festgestellte Tatsache, daß in verstärktem Maße Neuansiedlungen im ländlichen Raum erfolgen, dürfen nicht die Auffassung entstehen lassen, daß in der Nachkriegszeit vor 1955 kaum Industrie-gründungen im ländlichen Raum erfolgt sind. Das dem nicht so ist, läßt sich an einigen Beispielen, die aus anderen Untersuchungen zur Verfügung stehen,

sehr deutlich belegen. So ergibt sich etwa für die Bezirke Oberpfalz und Niederbayern nach dem Stand vom 30. September 1965 die nachfolgende Übersicht für die Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten nach Gründungsjahren:

Gründungsjahr	Oberpfalz		Niederbayern	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
vor 1946	395	62 671	456	50 362
in %	44,8	57,7	49,9	54,8
1946 bis 1950	125	16 952	138	13 046
in %	14,2	15,6	15,1	14,2
1951 bis 1955	82	6 339	85	6 172
in %	9,3	5,8	9,3	6,7
1956 bis 1960	135	16 082	123	13 483
in %	15,3	14,8	13,5	14,7
1961 bis 1965	145	6 607	112	8 758
in %	16,4	6,1	12,3	9,5
Insgesamt	882	108 651	914	91 821

Quelle: Industrie- und Handelskammer Regensburg und Bezirksstelle der Landesplanung Niederbayern.

Wie diese Zahlen zeigen, entfallen in beiden Bezirken fast die Hälfte der Betriebe und deutlich mehr als die Hälfte (57,7 bzw. 54,8) der Beschäftigten am 30. 9. 1965 auf Betriebe, die schon vor 1946 bestanden haben.

Es ergibt sich weiter, daß 23,5% bzw. 24,4% der heute bestehenden Betriebe mit in beiden Bezirken fast übereinstimmend 21% der heute in den Industriebetrieben Beschäftigten in dem Jahrzehnt 1946 bis 1955 entstanden sind. Das sind in der Oberpfalz von der Beschäftigtenzahl her etwa ebensoviel, wie auf die Betriebe entfällt, die in dem darauf folgenden Jahrzehnt zwischen 1956 und 1965 gegründet worden sind. In Niederbayern liegt der Anteil der Beschäftigten mit 24,2% nur geringfügig höher.

Auch für die Eifel läßt sich ähnliches feststellen. Hier steht Material für die Kreise Monschau und Schleiden (Nordrhein-Westfalen) sowie für Bitburg, Daun und Prüm (Rheinland-Pfalz) zur Verfügung. Da neuere Zahlen nicht greifbar sind, konnte die Aufgliederung der Industriebeschäftigten nur für Ende 1960 nach Gründungsjahren gegeben werden. Sie läßt für die entsprechenden Jahre folgendes erkennen:

Gründungsjahr	Betriebe	Beschäftigte
vor 1946	102	7 488
in %	50,5	63,9
1946 bis 1950	21	957
in %	10,4	8,2
1951 bis 1955	33	1 517
in %	16,3	13,0
1956 bis 1960	46	1 751
in %	22,8	14,9

Gesamtentwicklung

Im Bundesgebiet⁷ hat sich die Zahl der Industriebeschäftigten von 1951 bis 1965, legt man den Beobachtungszeit-

⁷ Ohne Berlin.

Tabelle 2: *Industrieentwicklung nach Zeiträumen 1951 bis 1965 in den Ländern*

Land	1951		1954			1957		
	Zahl	Auf 1000 Einw.	Zahl	Auf 1000 Einw.	Veränd. gegen 1951	Zahl	Auf 1000 Einw.	Veränd. gegen 1954
Schleswig-Holstein	116 935	46	136 560	59	13	164 755	73	14
Hamburg	155 801	95	180 201	104	9	218 171	123	19
Niedersachsen	475 273	71	538 661	82	11	646 708	100	18
Bremen	63 575	111	80 010	130	19	103 796	158	28
Nordrhein-Westfalen	2 190 726	163	2 439 255	169	6	2 821 411	188	19
Hessen	432 101	99	491 065	109	10	588 748	129	20
Rheinland-Pfalz	247 277	80	280 667	86	6	339 854	103	17
Baden-Württemberg	921 398	141	1 062 942	153	12	1 285 786	178	25
Bayern	750 240	82	896 993	95	13	1 063 109	116	21
Saarland								
Bundesgebiet ohne Berlin	5 353 326	111	6 079 354	123	12	7 232 338	143	20

Land	1960			1963			1965		
	Zahl	Auf 1000 Einw.	Veränd. gegen 1957	Zahl	Auf 1000 Einw.	Veränd. gegen 1960	Zahl	Auf 1000 Einw.	Veränd. gegen 1963
Schleswig-Holstein	168 591	73	0	173 536	73	0	177 866	73	0
Hamburg	232 399	127	4	223 141	121	-6	219 710	118	-3
Niedersachsen	702 684	107	7	740 263	110	3	765 407	111	1
Bremen	108 612	156	-2	97 908	136	-20	100 098	136	0
Nordrhein-Westfalen	2 811 490	179	-9	2 806 958	173	-6	2 843 561	171	-2
Hessen	646 256	136	7	684 859	138	2	716 498	139	1
Rheinland-Pfalz	354 754	105	2	365 607	105	0	381 111	107	2
Baden-Württemberg	1 394 321	182	4	1 452 815	180	-2	1 503 707	180	0
Bayern	1 163 476	123	7	1 256 044	128	5	1 304 201	130	2
Saarland	174 610	166	.	167 696	152	-14	171 812	153	1
Bundesgebiet ohne Berlin	7 757 193	145	2	7 968 827	144	-1	8 183 971	144	0

räumen korrespondierende Stichtage zugrunde, wie folgt entwickelt:

Jahr*	Beschäftigte	Industriebesatz	Veränderung
1951**	5 353 326	111	
1954**	6 079 354	123	+ 12
1957**	7 232 338	143	+ 20
1960	7 757 193	145	+ 2
1963	7 968 827	144	- 1
1965	8 183 971	144	0

* Jeweils 30. Juni.
** Ohne Saarland.

Die Entwicklung in den Ländern ergibt sich aus Tabelle 2 „Industrieentwicklung nach Zeiträumen 1951 bis 1965 in den Ländern“.

Von besonderem Interesse für die regionale Entwicklung sind die entsprechenden Zahlen für die Ballungsgebiete einerseits und die Bundesausbauggebiete andererseits. Sie sind den Tabellen 3 und 4 jeweils in Gegenüberstellung zu den sich errechnenden übrigen Gebieten, zu entnehmen.

Wie sich aus den Zahlen ergibt, werden für die Gesamtentwicklung der Industrie die Tendenzen bestätigt, die für die Neuansiedlung und Verlagerung von Industriebetrieben

festgestellt werden konnten. Im ersten Teil des Beobachtungszeitraumes hat die Industrieentwicklung in den Ballungsgebieten ein größeres Ausmaß gehabt als in den übrigen Gebieten, später verschiebt sich der Trend deutlich dahin, daß der Zuwachs in den Ballungen nachläßt, ja teilweise ein Rückgang zu verzeichnen ist, während die übrigen Gebiete weiterhin Zuwachsraten aufweisen, die – auch in den Bundesausbaugebieten – durchaus ins Gewicht fallen. Immerhin hat der Industriebesatz hier im Durchschnitt von 30 im Jahre 1951 über 45 im Jahre 1957 einen Anstieg auf 58, also um 15 bzw. 13, also zusammen um 28 je 1000 erfahren. Aber auch hier zeigt sich, daß in den Jahren vor 1955 die Industrieentwicklung nicht nur außerhalb der Ballungsgebiete allgemein, sondern auch in den Bundesausbaugebieten einen nennenswerten Aufschwung genommen hat. Das geht nicht nur, wie festgestellt werden konnte, auf die alteingesessenen Betriebe zurück, sondern zu einem beträchtlichen Teil auch auf neu angesiedelte Betriebe, wobei es sich in den ersten Jahren in bedeutendem Maße um Betriebe von Vertriebenen und Flüchtlingen handelte und noch kaum um Verlagerungen, etwa aus den Ballungsgebieten.

Aus dieser Betrachtung ergibt sich zwangsläufig die Frage, in welchem Ausmaß Neugründungen und Verlage-

Tabelle 3: Industrieentwicklung in den Ballungs- und übrigen Gebieten nach Zeiträumen 1951 bis 1965

Jahr (jeweils 30. 6.)	Ballungsgebiete			Übrige Gebiete		
	Beschäftigte			Beschäftigte		
	Zahl	Auf 1000 Einw.	Verän- derung	Zahl	Auf 1000 Einw.	Verän- derung
1951	2 873 446	148	8	2 479 880	87	12
1954	3 257 453	157	22	2 821 901	98	18
1957	3 893 645	178	3	3 338 693	117	6
1960	4 035 684	175	5	3 721 509	123	1
1963	4 083 267	171	2	3 885 560	123	1
1965	4 159 771	169		4 024 200	125	

rungen von Einfluß auf die Gesamtentwicklung der Industrie in den Teilräumen gewesen sind. Die für Niederbayern, Oberpfalz und Eifel angegebenen Zahlen vermitteln jedoch nur einen guten Einblick für diese Gebiete. Um einen Gesamteindruck zu erhalten, ist einmal versucht worden, alle seit 1955 ermittelten, verlagerten und neugegründeten Industriebetriebe nach Verwaltungsbezirken zusammenzustellen und die Zahlen der Beschäftigten – soweit das möglich war – zu vergleichen mit dem Zuwachs der Beschäftigten nach der Industrieberichterstattung in den jeweiligen Zeiträumen. Das Ergebnis liegt für alle kreisfreien Städte und Landkreise vor und ist trotz aller Mängel, die einem solchen Vergleich anhaften, sehr aufschlußreich.

Eine Zusammenfassung nach Regierungsbezirken enthält Tabelle 5. Aus ihr wird deutlich, daß die Zunahme der Industriebeschäftigten in den einzelnen Zeiträumen in sehr unterschiedlichem Maße von den Neugründungen oder verlagerten Betrieben beeinflusst ist. In schwach industrialisierten Bezirken ist aus naheliegenden Gründen der Anteil der Beschäftigten in neuangesiedelten Betrieben an der Gesamtzunahme größer als in den Bezirken mit hohem Industriebesatz. Es wird in einigen Fällen auch sichtbar, daß da, wo Abnahmen der Industriebeschäftigten insgesamt vorkommen, diese noch größer wären, wenn nicht ein entsprechender Ausgleich durch Neuansiedlungen zu verzeichnen wäre. Das zeigt sich z. B. für den Zeitraum 1961 bis 1963 im Regierungsbezirk Arnsberg, wo die Industriebeschäftigten insgesamt eine Abnahme von 28 246 zu verzeichnen haben; ihnen stehen 18 657 Beschäftigte in neuangesiedelten Be-

trieben gegenüber. In den darauffolgenden Jahren 1964/65 entspricht die Zunahme der Industriebeschäftigten insgesamt in diesem Bezirk in etwa der Beschäftigtenzahl, die in neuangesiedelten Betrieben ermittelt wurden. Vor allem auch in den Bezirken Niederbayern und Oberpfalz, die einen verhältnismäßig geringen Industriebesatz haben, haben die Beschäftigten in neuangesiedelten Betrieben nach 1957 einen bemerkenswert hohen Anteil an der Zunahme der Industriebeschäftigten insgesamt.

Zu dem Vergleich der Zahlen muß auch hier besonders auf die eingangs gemachten methodischen Bemerkungen verwiesen werden, insbesondere darauf, daß in den Jahren 1955 bis 1963 bei den neuangesiedelten Betrieben nur solche erfaßt worden sind, die 50 und mehr Beschäftigte hatten oder im Endausbau anstrebten, während die Daten der Industrieberichterstattung alle Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten umfassen.

Ausblick

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß von der Industrieansiedlung in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten alle Bezirke der Bundesrepublik – wenn auch mit unterschiedlichem Gewicht – berührt worden sind. Es ist auch unverkennbar, daß die Zahl der Industriebeschäftigten in den letzten beiden Jahren (1964 und 1965), abgesehen von Hamburg, Berlin und Münster, überall wieder zugenommen hat, nachdem im vorangegangenen Zeitraum

Tabelle 4: Industrieentwicklung in den Bundesausbau- und übrigen Gebieten nach Zeiträumen 1951 bis 1965

Jahr (jeweils 30. 6.)	Bundesausbaugebiete			Übrige Gebiete		
	Beschäftigte			Beschäftigte		
	Zahl	Auf 1000 Einw.	Verän- derung	Zahl	Auf 1000 Einw.	Verän- derung
1951	200 453	30	6	5 152 873	122	14
1954	228 370	37	8	5 850 984	135	22
1957	271 326	45	4	6 961 012	157	1
1960	298 481	49	6	7 458 512	158	— 3
1963	340 574	55	3	7 628 253	155	— 7
1965	365 935	58		7 818 036	148	

Tabelle 5: Zu- bzw. Abnahme der Industriebeschäftigten insgesamt*) im Vergleich zu den Beschäftigtenzahlen der in den gleichen Zeiträumen neuangesiedelten Betriebe

Land Reg.-Bez.	1. 1. 1955–31. 12. 1957		1. 1. 1958–31. 12. 1960		1. 1. 1961–31. 12. 1963		1. 1. 1964–31. 12. 1965	
	Zu- bzw. Abnahme der Ind.-Besch. insgesamt	Besch. in angesie- delten Betrieben	Zu- bzw. Abnahme der Ind.-Besch. insgesamt	Besch. in angesie- delten Betrieben	Zu- bzw. Abnahme der Ind.-Besch. insgesamt	Besch. in angesie- delten Betrieben	Zu- bzw. Abnahme der Ind.-Besch. insgesamt	Besch. in angesie- delten Betrieben
Schleswig-Holstein	29 142	2 055	4 300	4 658	1 618	5 952	5 801	4 851
Hamburg	40 720	2 216	9 472	589	— 12 569	830	— 1 623	411
RB Hannover	23 933	9 930	26 481	1 510	8 189	2 386	5 612	1 403
Hildesheim	10 626	1 252	11 807	2 018	— 2 329	790	2 081	788
Lüneburg	11 757	1 214	7 715	1 378	11 500	1 488	7 268	2 016
Stade	1 317	1 315	2 379	957	2 073	1 476	1 685	310
Osnabrück	8 786	941	4 945	791	2 330	1 082	1 987	997
Aurich	— 1 112	1 388	2 354	655	2 012	1 224	4 021	1 214
Braunschweig	17 019	4 484	9 342	2 751	578	866	813	1 412
Oldenburg	9 651	3 790	7 536	1 338	— 1 032	2 120	1 651	1 325
Bremen	22 871	3 304	— 450	352	— 8 041	5 036	4 000	410
RB Düsseldorf	142 550	6 402	18 133	6 985	— 27 796	7 432	16 832	3 339
Köln	41 940	2 971	20 508	1 841	6 385	1 716	9 298	2 475
Aachen	19 150	836	1 063	1 000	— 5 040	3 251	3 452	2 255
Münster	35 464	3 146	— 17 679	4 630	— 18 831	4 667	— 3 796	2 164
Detmold	31 778	3 556	11 322	2 442	3 120	5 280	8 054	3 787
Arnsberg	88 380	6 021	— 20 003	2 887	— 28 246	18 657	4 202	4 103
RB Darmstadt	32 921	4 365	24 001	4 844	10 043	4 276	11 249	3 301
Kassel	13 482	5 158	23 938	3 882	5 969	1 689	8 169	1 909
Wiesbaden	46 747	2 117	24 226	1 647	2 853	1 771	10 524	1 853
RB Koblenz	7 235	1 052	4 496	2 218	1 478	2 873	1 843	1 225
Trier	1 941	316	2 062	1 384	2 469	1 383	1 919	666
Montabaur	1 112	396	1 828	659	825	449	1 533	317
Rheinhausen	9 893	725	5 279	850	882	447	2 229	287
Pfalz	25 594	3 647	13 421	2 465	— 3 753	4 200	9 116	3 834
RB Nordwürttemberg	100 432	8 965	52 716	5 528	10 265	5 975	24 571	4 201
Nordbaden	44 231	9 473	25 906	4 038	2 560	5 151	9 947	2 420
Südbaden	30 685	5 468	23 250	4 323	5 405	4 756	13 666	1 974
Südwest-Hohenz.	37 373	6 179	17 782	2 741	2 252	2 594	11 219	3 576
RB Oberbayern	59 427	14 707	48 271	5 885	25 893	7 146	14 686	3 779
Niederbayern	10 673	1 459	14 257	6 915	6 538	2 938	7 935	3 263
Oberpfalz	9 931	1 472	12 842	7 050	5 410	2 435	7 072	3 458
Oberfranken	18 245	3 283	9 588	3 145	— 3 677	1 839	4 466	2 146
Mittelfranken	30 513	1 877	20 638	4 905	— 1 608	1 878	9 018	2 237
Unterfranken	19 525	3 344	17 184	4 614	8 056	2 326	8 874	1 981
Schwaben	27 171	3 212	13 260	2 823	12 161	3 548	7 134	1 712
Saarland	.	.	.	4 437	— 8 528	4 620	3 184	735
Berlin	60 802	4 639	38 277	2 065	— 27 146	2 314	— 468	529

*) Nach der Industrieberichterstattung.

zahlreiche Bezirke, insbesondere die Bergbauggebiete, teilweise recht beträchtliche Abnahmen zu verzeichnen hatten.

Nun lassen sich aus den Veränderungen der Industriebeschäftigtenzahlen aber keine Rückschlüsse ziehen auf die Entwicklung der seit 1955 neuangesiedelten Betriebe. Es wird weder ersichtlich, ob und welche Zu- oder Abnahmen der Beschäftigtenzahlen auf Veränderungen des Beschäftigtenstandes dieser Betriebe zurückgehen, noch läßt sich erkennen, ob und in welchem Umfang neuangesiedelte Betriebe wieder eingegangen sind. Da für die künftige Entwicklung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, insbesondere in den ländlichen Räumen und in den hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgebliebenen Gebieten, der Krisenfestigkeit der hier angesiedelten Gewerbebetriebe eine hervorragende Bedeutung zukommt, hat das Institut für Raum-

forschung entsprechende Untersuchungen in Angriff genommen. In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie den regionalen Gebietskörperschaften und Verbänden soll ermittelt werden, welche Entwicklung die seit 1955 neugegründeten und verlagerten Betriebe genommen haben und welche Rückwirkungen in den betreffenden Gebieten feststellbar sind. Daneben werden die Untersuchungen über die Standortwahl der Industriebetriebe fortgeführt werden. Außerdem sollen in sinnvoller Ergänzung laufend Ermittlungen über die Stilllegung von Betrieben aufgenommen werden. Die Ergebnisse dieser Erhebungen werden im Hinblick auf den Strukturwandel in der Zukunft wahrscheinlich erhebliches Interesse finden.

Standorte neuer Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland

Verlagerte und neuerrichtete Betriebe in den Jahren 1964 und 1965

Gliederung der Industriebereiche bzw. -gruppen

Eisen- und Metallindustrie	Nahrungs- und Genussmittelindustrie
Elektroindustrie	Lederindustrie
Chemische und verwandte Industrien	Textilindustrie
Feinkeramische und Glasindustrie	Bekleidungsindustrie
Holzindustrie	Sonstige Industrien

Herkunft und Beschäftigtenzahl der Betriebe

Der Betrieb kommt aus einem nahen Ballungs- gebiet ¹⁾	entfernten Ballungs- gebiet ²⁾	Beschäftigtenzahl des Betriebes
○	□	500 und mehr
○	□	200 bis 499
○	□	100 bis 199
○	□	70 bis 99
○	□	50 bis 69
○	□	bis 49

1) Maximalentfernung zu einem nah gelegenen Ballungsgebiet
(Definition nach G. Isenhardt, 1. Ausfluchtstunde)
2) einschließlich "Neugründung"

Bearbeitet im Institut für Raumforschung in der Bundesanstalt
für Landeskunde und Raumforschung im Auftrag des Bundesministeriums für
Arbeit und Sozialordnung

Entwurf: G. Kroner



Grundlage: Gemeindegrenzenkarte 1:1 Mill., westl. Blatt,
bearbeitet vom Institut für Landeskunde in der Bundes-
anstalt für Landeskunde u. Raumforschung (Stand 1.4.1964)

Maßstab 1:1 000 000

10 0 10 20 30 40 50 60 70 80 90 100 km

Kartographie: Institut für Raumforschung in der
Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung
Druck: R. Haberkamp, Lage-Lippe